

Auf Antrag des Vorstandes der IPPNW beschließt die Mitgliederversammlung.

Frieden in Syrien

Die IPPNW setzt sich 2017 für eine andere Syrienpolitik ein.

- Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen
- Ende der Sanktionen
- Unterstützung aller internationaler Bestrebungen, eine Waffenruhe für Syrien zu erreichen
- Unterstützung des Friedensprozesses unter UN-Leitung
- Beendigung des Bundeswehreinsetzes in Syrien und der Türkei
- Beendigung aller Rüstungsgeschäfte mit den Ländern des Nahen Ostens
- Beendigung der militärischer Zusammenarbeit mit allen am Krieg beteiligten Kräften

Begründung:

Deutschland hat durch die einseitige Unterstützung von Teilen der syrischen Opposition seine Möglichkeiten, bei Verhandlungslösungen in Syrien mitzuwirken, stark beschädigt. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Syrien könnte ein erster Schritt sein, möglicherweise ihre Rolle als Vermittlerin wiederherzustellen. Die IPPNW fordert, dass sich die Bundesregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln dafür einsetzt, den Krieg in Syrien mit nichtmilitärischen Mitteln zu beenden.

Die Sanktionen tragen dazu bei, dass das Leben in Syrien für die Zivilbevölkerung immer schwerer wird. Sie vergrößern die humanitären Folgen des Krieges. Es fehlt an Lebensmitteln, es herrscht hohe Arbeitslosigkeit, medizinische Behandlung ist vielfach unmöglich geworden, Trinkwasser und Strom werden rationiert. Dazu kommt, dass das Embargo die SyrerInnen im Ausland daran hindert, ihren Verwandten und Familienangehörigen im Heimatland Geld zu überweisen. Firmen, Stromwerke, Wasserwerke, und Krankenhäuser sind gezwungen, zeitweise zu schließen, weil sie keine Ersatzteile und kein Benzin bekommen können.